



Lokales

Freihandelsabkommen verunsichert

SPD-Handelsexperte im Europaparlament diskutierte mit 100 Zuhörern über TTIP

VON HARTMUT NOLTE

Minden. Rien ne va plus - Nichts geht mehr, heißt es am Roulettetisch. Auch bei den seit zwei Jahren dauernden Verhandlungen über das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen (TTIP) befürchten Kritiker, dass nichts mehr geht - wenn sie erfahren, was da ausgehandelt wird.

Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses des Europaparlaments, versuchte jetzt in einer Veranstaltung der SPD-Bundestagsabgeordneten Achim Post und Stephan Schwartz in Minden, etwas mehr Licht ins TIPP-Dunkel zu bringen.

Nach Langes Einführung in die komplexe Problematik wurde gut eine Stunde mit rund 100 Zuhörern diskutiert. Demnach geht es nicht mehr um die von TTIP-Kritikern oft genannten Probleme wie Chlorhühnchen oder die von Befürwortern angeführten Exporterleichterungen durch einheitliche Produktvorschriften.

In Wirklichkeit geht es laut Gegnern um ein "juristisches Paralleluniversum", um Druck der Großkonzerne auf staatliche Gesetzgebung mit Schadensersatzforderungen, um die Unterordnung demokratisch verfasster politischer Macht unter die von Konzernen, um Einschränkung von Arbeitnehmerrechten und Verbraucherschutzstandards und um den Erhalt "kultureller Vielfalt".

Für die Befürworter ist TTIP die Chance für mehr Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze durch Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen, von mehr Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Weltmarktkonkurrenz - besonders aus Ostasien.

Es sei sinnvoll, weil die Welthandelsorganisation WTO mit 160 Staaten zu einer globalen Lösung nicht in der Lage sei, begründete Lange ein Abkommen der beiden Wirtschaftsräume. Die Geheimniskrämerei sei ein "Geburtsfehler". Neben Beseitigung von Zöllen und Angleichung der Standards sollten handelsbegleitende Regeln aufgestellt werden, die nach Langes Ansicht das EU-Recht berücksichtigen, den Schutz geistigen Eigentums garantieren, die Entscheidungsfreiheit der Parlamente nicht gefährden und Arbeitnehmerrechte erhalten.

Zur Frage privater Schiedsstellen, sogenannten Investitionsschutzgerichten, wenn Unternehmen durch staatliches Handeln ihre Gewinnaussichten geschmälert sehen, zeigte sich der SPD-Europaabgeordnete ambivalent.

Seine Zuhörer blieben entschlossen in ihrer Skepsis gegenüber den nur stück- oder gerüchteweise bekannten Verhandlungsmandaten. Als "Ermächtigungsgesetz für Konzerne" bezeichnete es einer, ein anderer machte auf die "eklatanten Unterschiede" in den wirtschaftlichen Grundsätzen hin. In Europa gelte beim Verbraucherschutz das Vorsorgeprinzip, in den USA müsse erst ein Schaden eintreten. Mühe hatte Lange mit dem Argument, in Wahrheit bestimmten Konzerne und Lobbyisten die Verhandlungen. Unter den 15.000 Interessenvertretungen in Brüssel seien doch auch TTIP-kritische. Fünf konnte Lange aufzählen.

Der Referent versuchte auch, den "regulativen Rat" positiv darzustellen. Damit würden nicht künftige Gesetzgebungen verhindert, sondern das sei ein "konkretisierter Prozess", der die gefundenen einheitlichen Standards auf den neuesten Stand bringe. Nach Medienberichten jedoch soll - so zumindest die amerikanische Vorstellung - dieses außerparlamentarische Gremium der Wirtschaft schon vor dem Einbringen von Gesetzesentwürfen zum Beispiel in den Bundestag eingreifen dürfen, um ein möglicherweise TTIP beeinträchtigendes Gesetz zu verhindern.

Mögliche Schäden für Investoren abwenden sollen auch die an diesem Abend heftig kritisierten Schiedsgerichte, vor die Unternehmen Staaten ziehen können, wenn sie sich durch staatliches Handeln benachteiligt fühlen, zum Beispiel durch angehobene Mindestlöhne, Subventionierung von ÖPNV und Krankenhäuser, Gentechnikverbote und mehr Naturschutz. Man müsse die Schiedsgerichte "von der Notwendigkeit abhängig machen", antwortete Lange. Sein Parteichef Sigmar Gabriel, dessen wechselnde Haltung zu TTIP mehrfach angesprochen wurde, hatte sich zur Beteiligung staatlicher Juristen an diesen Gerichten durchgerungen.

Neben Befürchtungen über die Ausdehnung der Macht der US-Konzernriesen auf Europa wurde auch artikuliert, dass man angesichts der NSA-Affäre kaum eine Basis für gemeinsame Datenschutzregelungen sieht. Eine Pro-TTIP-Stimme aus dem Mittelstand warnte, Europa werde abgehängt, wenn China und die USA sich auf freien Handel einigen könnten.

Der Abend zeigte, die Sorge der Bürger vor TTIP wächst. Nicht zuletzt durch mangelnde Transparenz der Verhandlungen. Erst wenn ausverhandelt ist, soll die Geheimniskrämerei enden.